

Gummersbach, 28.03.2003

### **Beratungsergebnisse Kreistag 27.03.2003**

Oberbergischer Kreis. Unter dem Tagesordnungspunkt 1 hat Landrat Hans-Leo Kausemann zunächst Kreistagsmitglied **Jürgen Dreiner-Wirz** aus Lindlar als Nachfolger von Günter Höffken, der mit Wirkung vom 28.02.2003 aus dem Kreistag ausgeschieden ist, in den Kreistag eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Anschließend hat der Kreistag hat folgende Beschlüsse gefasst:

#### **Zu TOP 2: Übernahme von Kapitalanteilen an der Oberbergischen Aufbau GmbH**

##### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt einstimmig, die Anteile in Höhe von 80.000,- DM = 40.903,35 €, die die PROVINZIAL Rheinland Versicherung AG am Stammkapital der Oberbergischen Aufbau GmbH hält, zu übernehmen.

#### **Zu TOP 3: Änderung der Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises (2. Nachtrag, Tarifbereich Museum Schloss Homburg)**

##### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt bei drei Gegenstimmen mehrheitlich folgenden 2. Nachtrag zur Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises vom 27.09.2001:

<b>Tarife Museum Schloss Homburg</b>		
	<b>alt</b>	<b>neu</b>
<b>Eintritt</b>	Kinder ab 4 Jahren, Jugendliche, Studenten (bis 30 J.)	
	Wehrdienst- und Zivildienstleistende, Azubis	1,50 €      2,00 €
	Erwachsene	2,50 €      3,50 €
	<b>Gruppentarife</b> ab 10 Personen pro Person (K/E)	1,00 / 1,50 €      1,50€/3,00€
	<b>Familienkarte I</b> ( 1 Erwachsener + Kinder bis 18 Jahre)	6,00 €      7,00 €
	<b>Familienkarte II</b> ( 2 Erwachsene + Kinder bis 18 Jahre)	6,00 €      9,00 €
	<b>Jahreskarte</b>	
	Kinder / Jugendliche	10,00 €      streichen
	Erwachsene	20,00 €      streichen

<b>Führungen</b>	bis 25 Personen		
	Deutschsprachig für Schülergruppen	20,00 €	25,00 €
	Samstag, Sonntag und an Feiertagen	25,00 €	30,00 €
	Fremdsprachig für Schülergruppen	25,00 €	30,00 €
	Samstag, Sonntag und an Feiertagen	30,00 €	35,00 €
	Deutschsprachig für Erwachsenengruppen	25,00 €	30,00 €
	Samstag, Sonntag und an Feiertagen	30,00 €	35,00 €
	Fremdsprachig für Erwachsenengruppen	30,00 €	35,00 €
	Samstag, Sonntag und an Feiertagen	35,00 €	40,00 €
	<b>kulturelle Veranstaltungen</b>	Plätze der Kategorie 1 (Kinderprogramm)	5,00 €
Plätze der Kategorie 2 (Kinderprogramm)		4,00 €	5,00 €
Plätze der Kategorie 1 (Erwachsene)		10,00 €	15,00 €
Plätze der Kategorie 2 (Erwachsene)		7,50 €	10,00 €
Plätze der Kategorie 3 (Erwachsene)		<hr/>	7,50 €
<b>Kindergeburtstag im Museum und Naturnutz-Naturschutz</b> durch die Dauer der Programme von ca. 2 Stunden entstehen Kosten in Höhe einer Doppelführung			
<b>Rätselbogen, Rallye und Mühlenquiz</b> pro Bogen	0,25 €	0,50 €	
<b>Buttern</b>	0,50 €	1,00 €	
Bei Aktionen (z.B. Buttern) entstehende Kosten werden zusätzlich berechnet			

**Zu TOP 4: Haushaltssatzung 2003**

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt bei 7 Gegenstimmen mehrheitlich den Entwurf der Haushaltssatzung 2003/Haushaltssicherungskonzept 2012 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung des Veränderungsnachweises zum Verwaltungshaushalt und zum Vermögenshaushalt.

Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage beträgt 36,7%-Punkte.

Das Haushaltsvolumen (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) beträgt  
 in der Einnahme: 201.071.533,00 €  
 in der Ausgabe: 207.443.864,00 €

Zuvor hat der Kreistag über folgende Anträge der Kreistagsfraktionen zum Haushalts- und Stellenplanentwurf wie folgt abgestimmt:

### **Anträge zum Stellenplanentwurf:**

- 1.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD-, FDP- und UWG-Kreistagsfraktion vom 20. bzw. 27.03.2003  
 "Reduzierung des zur Zeit 699,5 Stellen umfassenden Stellenplanes um 20 Stellen bis zum Jahresende 2004 und mindestens weiterer 10 Stellen bis zum Jahresende 2005"**

#### Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Die Situation erfordert hinsichtlich der finanziellen Entwicklung eine mittelfristige Planung auch in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten beim Oberbergischen Kreis. Aus diesem Grunde beantragen die Kreistagsfraktionen von CDU SPD und FDP, beginnend im Jahr 2003, die Reduzierung des zur Zeit 699,5 Stellen umfassenden Stellenplanes um 20 Stellen bis zum Jahresende 2004 und mindestens weiterer 10 Stellen bis zum Jahresende 2005. Entscheidungen für die Folgejahre bleiben den Beschlüssen des Kreistages ab 2005 vorbehalten, da die dann bestehende Situationen heute noch nicht absehbar sind.

Bereits in 2003 freiwerdende Stellen sollen – soweit nicht unverzichtbar – nicht wieder besetzt werden.

Bei der laufenden strukturierten Aufgabenanalyse der Verwaltung zur Personalentwicklung wird geprüft, ob und in welchem Ausmaß ein Fortfall von Dezernenten- bzw. Amtsleiterstellen möglich ist.“

Dem gemeinsamen Antrag der CDU-, SPD-, FDP- und UWG-Kreistagsfraktion stimmt der Kreistag bei drei Gegenstimmen mehrheitlich zu.

**1.2 Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.02.2003**

**Ziffer 3.**

**"Erstellung eines mittelfristig wirksamen Personalentwicklungskonzeptes"**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut.

„Des weiteren ist ein mittelfristig wirksames Personalentwicklungskonzept zu erstellen, welches bis 2008 einen stabilen Personalhaushalt ermöglicht (Verzicht auf Personalkostenausweitung bezogen auf den Personalhaushalts-Status 2003). Notwendige Stellen für die Erledigung neuer Aufgaben sind durch Umverteilung innerhalb der Verwaltung zu erreichen.“

Den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt der Kreistag bei drei Ja-Stimmen und acht Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

Anschließend beschließt der Kreistag einstimmig den Stellenplanentwurf 2003 mit einer Gesamtstellenzahl von 699,5 (gegenüber 2002= unveränderte Ausweisung von 699,5 Stellen).

**Anträge zum Haushaltsplanentwurf:**

**1.1 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 21.02.2003**

**Ziffer 3.**

**"Vorlage einer Einsparungsliste mit einem Volumen von 2,5 Mio. € zur Reduzierung des Defizites durch die Verwaltung"**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Die Verwaltung und die Kämmerei werden aufgefordert, Vorschläge vorzulegen, wie im Kreishaushalt 2003 2,5 Mio. € gespart werden können, um das Defizit von z. Zt. 6,7 Mio. € zu verringern."

Den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion lehnt der Kreistag bei zwei Ja-Stimmen und zwei Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

**1.2 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.02.2003**

**"Externes Organisationsgutachten für die Bereiche "Orts- und Tiefbau" sowie "Bauordnungsbehörde" in der Kreisverwaltung und OAG"**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Der Kreistag beauftragt eine externe Unternehmensberatung mit einem Organisationsgutachten zur Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung von Kreisverwaltung und OAG in den

Bereichen Orts- und Regionalplanung', Wohnungsbauförderung", „Hoch- und Tiefbau“ sowie „Bauordnungsbehörde“.

Der Antrag wird von der SPD-Kreistagsfraktion zurückgezogen, um zunächst den halbjährigen Erfahrungsbericht der Verwaltung zur Bearbeitungszeit von Bauanträgen (siehe nachfolgende Ziffer 13.2) auszuwerten.

**1.2 Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.02.2003**

**Ziffer 1.**

**"Auflistung freiwilliger und bedingt freiwilliger Leistungen des Oberbergischen Kreises**

**Ziffer 2.**

**"Sach- und Vermögenswerte des Oberbergischen Kreises"**

**Ziffer 4.**

**"Weitere Senkung von Bewirtschaftungskosten"**

**Ziffer 5.**

**"Begrenzung von Ausgaben im Jahr 2003 für Schloss Homburg auf das bautechnisch unbedingt Notwendige - alle weiteren Ausgaben sollen auf ein zukunftsfähiges Entwicklungskonzept abgestimmt werden"**

**Ziffer 6.**

**"Vorlage eines Konzeptes zur kostendeckenden Arbeit der KVHS"**

**Ziffer 7.**

**"Anhebung der Jagdsteuer um 4 %-Punkte"**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Oberbergische Kreis strebt den Ausgleich des 50%-Anteils am Gesamtdefizit des Haushalts 2003 bis zum Beginn des Haushaltsjahres 2005 an. Dies hat zu geschehen über.

1. eine konsequente Überprüfung aller freiwilligen und bedingt pflichtigen Aufgaben, bei deren Erledigung der Kreistag als politisches Gremium den finanziellen und inhaltlichen Rahmen festlegen kann. Als Voraussetzung für diese Beratungen ist eine genaue Aufstellung aller freiwilligen Aufgaben (1) und bedingt pflichtigen Aufgaben (9) notwendig. Eine solche Aufstellung erfolgte zuletzt mit dem Haushalt 1995. Für beide Bereiche sollte nach eingehender Prüfung ein fester finanzieller Rahmen gesetzt werden. Neue freiwillige Leistungen sollen nur in diesem Rahmen möglich sein. Diese Selbstbindung durch die Politik soll bis auf weiteres gelten. Der

Entscheidungsprozess soll in der zweiten Jahreshälfte 2003 abgeschlossen sein.

Da die Verwaltung derzeit eine Übersicht über die freiwilligen und bedingt freiwilligen Leistungen erstellt, erfolgt keine Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sobald die Übersicht der Verwaltung vorliegt, soll hierüber im zuständigen Fachausschuss beraten werden.

2. Gleichzeitig ist offen über alle Immobilien, Einrichtungen, Kapitalwerte zu diskutieren, deren Besitz zur Erfüllung der Pflichtaufgaben nicht notwendig ist. Die bisher von der Verwaltung vorgelegte Liste ist mit klärenden Angaben zu ergänzen. Erforderliche Vorbereitungen (Marktrecherchen, Preiskalkulationen u.a.) sind bis zu den Sommerferien abzuschließen, das Ergebnis ist den Fraktionen vorzulegen. Erforderliche Veräußerungen sollen nach Kreistagsbeschluss in der zweiten Hälfte des Jahres 2003 erfolgen. Die Erlöse sollen sowohl zum Auffüllen der allgemeinen Rücklage verwendet werden als auch in den Vermögenshaushalt fließen, um weitere Kreditaufnahmen zu verhindern und Zuführungen zum Verwaltungshaushalt zu ermöglichen. Alle notwendigen Beratungen und Entscheidungen sind nach den Osterferien zu beginnen und vor der Aufstellung des Haushalts 2004 abzuschließen.

Da die Verwaltung bereits eine entsprechende Übersicht vorgelegt hat, erfolgt keine Abstimmung mehr über den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Über die Inhalte der Übersicht soll im zuständigen Fachausschuss beraten werden.

4. Zusätzlich sind alle Einsparpotentiale bereits in diesem Haushaltsjahr zu mobilisieren. Das heißt: im Rahmen der Anstrengungen zur Modernisierung der Verwaltung und der Entwicklung eines neuen Immobilienmanagements sind neue und effiziente Wege zur weiteren Senkung der Bewirtschaftungskosten bis Sommer 2003 vorzustellen (das gilt in gleicher Weise für die Verwaltungsgebäude, die kreiseigenen Schulen und die kulturellen Einrichtungen in Kreishand). Ein mittelfristiges Einsparungspotential von 10 Prozent ist dabei anzustreben.

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird bei drei Ja-Stimmen und drei Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

5. Ausgaben im Bereich des Schlosses Homburg sind im Jahr 2003 auf das bautechnisch unbedingt Notwendige zu begrenzen. Alle weiteren Ausgaben sollen auf ein zukunftsfähiges Entwicklungskonzept abgestimmt, bis zu dessen Erarbeitung aber zurückgestellt werden. Ein solches Entwicklungskonzept sollte in der Juli-Sitzung des Ausschusses für Kultur und Weiterbildung vorliegen. Hier muss gelten: wenn der Kreistag das Museum will, dann mit Zukunftsperspektive. Halbherzige Willensbekundungen sind nicht mehr hinnehmbar.

Aufgrund der Beratungen im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung am 03.02.2003, in deren Verlauf die Verwaltung erklärt hatte, bereits entsprechend zu verfahren, verzichtet die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine Abstimmung über ihren Antrag.

6. Ein neuer und offensiver Umgang mit der finanziellen Situation der KVHS ist zwingend erforderlich. Eine Verdoppelung des Zuschussbedarfs innerhalb von nur zwei Jahren ist nicht hinnehmbar. Lösungsvorschläge für eine weitgehend kostendeckende Arbeit der KVHS sind dem Kreistag bis zu den Sommerferien vorzulegen. Den Anforderungen des neuen Weiterbildungsgesetzes ist dabei Folge zu leisten. Kooperationen, Wirtschaftlichkeit, Eigenverantwortung müssen eingefordert werden.

Aufgrund der Beratungen im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung am 03.02.2003, in deren Verlauf die Verwaltung zugesagt hatte, in der nächsten Sitzung eine Übersicht über die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Kurse vorzulegen sowie die Gesamtfinanzsituation der KVHS darzustellen, verzichtet die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine Abstimmung über ihren Antrag.

7. Angesichts der desolaten Finanzsituation der Kommunen und des Kreises ist die Jagsteuer um 4 Prozentpunkte

anzuheben. Die Argumentation der Kreisjägerschaft, dargelegt in einer umfangreichen Broschüre, kann nicht akzeptiert werden. Ein Kreis, welcher sich auf Jahre in ein Haushaltssicherungskonzept begeben muss, kann auf Einnahmequellen nicht freiwillig verzichten.'

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird bei drei Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich abgelehnt.

**1.4 Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom - ohne Datum, eingegangen am 09.03.2003 (FAX)**

**Ziffer 4.**

**"Abdeckung des Defizites von 6,7 Mio. € durch Einsparungen"**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut.

"Wir fordern weiter eine Abdeckung des Defizites von 6,7 Mio. € durch den Kreis aus eigener Kraft, was bei einem Haushaltsvolumen von rd. 200 Mio. € möglich sein muss. Einsparungen sind nach unserer Meinung in folgenden Bereichen möglich, wenn nur der Wille dazu vorhanden ist:

- a) deutlicher Personalabbau auch in Abteilungen mit Spezialwissen
- b) Einsparungen in pflichtigen Bereichen durch Kürzung der Haushaltsansätze um 10 %, z.B. bei den Gruppierungsziffern 5 und 6 des Verwaltungshaushaltes
- c) Aufgabe von doppelten Zuständigkeiten und Übertragung von Aufgaben an die Kommunen (Denkmalschutz, Kreisstraßen)
- d) Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse erst ab 17 Uhr (Einsparung beim Verdienstausfallersatz)

Der Antrag der UWG-Kreistagsfraktion wird bei einer Ja-Stimme und zwei Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

**Zu TOP 5: Investitionsprogramm 2002 - 2006**

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt einstimmig das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2002 – 2006 in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der sich aus dem

Veränderungsnachweis zum Entwurf der Vermögenshaushalte 2003 bis 2006 ergebenden Veränderungen.

**Zu TOP 6: Finanzplanung 2002 - 2006**

Gemäß § 83 Gemeindeordnung ist die Finanzplanung dem Kreistag lediglich vorzulegen; eine Beschlussfassung ist nicht vorgesehen.

**Zu TOP 7: Aufstellung eines Brandschutzbedarfsplanes**

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt einstimmig den Brandschutzbedarfsplan für den Oberbergischen Kreis mit der Maßgabe, dass die Umsetzung im Rahmen des Stellenplanes erfolgt.

**Zu TOP 8: Änderung der Gemeindegebietsgrenze zwischen der Gemeinde Engelskirchen und der Stadt Overath sowie dem Oberbergischen Kreis und dem Rheinisch-Bergischen Kreis**

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt einstimmig, dem zwischen der Gemeinde Engelskirchen und der Stadt Overath abzuschließenden Gebietsänderungsvertrag in dem Bereich der Ortslagen Ober- und Unterstaat grundsätzlich zuzustimmen.

**Zu TOP 9.1: Natura 2000 / Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) der EU:  
Wertung der Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen  
Beteiligung zur förmlichen Änderung der Landschaftspläne  
Nr. 1 „Marienheide/Lieberhausen“  
Nr. 4 „Nümbrecht/Waldbröl“  
Nr. 5 „Waldbröl/Morsbach“**

**Beschlussempfehlung:**

1.) Der Kreistag beschließt einstimmig, den/die in der frühzeitigen Beteiligung zum Änderungsverfahren des Landschaftsplanes Nr. 1 „Marienheide/Lieberhausen“ vorgebrachten Anregungen und Bedenken aufgrund des in der Verwaltungsvorlage zu jeder Eingabe dargestellten Sachverhaltes

A zuzustimmen

B zurückzuweisen.

2.) Der Kreistag beschließt einstimmig, den/die in der frühzeitigen Beteiligung zum Änderungsverfahren des Landschaftsplanes Nr. 4 „Nümbrecht/Waldbröl“ vorgebrachten Anregungen und Bedenken aufgrund des in der Verwaltungsvorlage zu jeder Eingabe dargestellten Sachverhaltes

- A zuzustimmen  
B zurückzuweisen.

3.) Der Kreistag beschließt einstimmig, den/die in der frühzeitigen Beteiligung zum Änderungsverfahren des Landschaftsplanes Nr. 5 „Waldbröl/Morsbach“ vorgebrachten Anregungen und Bedenken aufgrund des in der Verwaltungsvorlage zu jeder Eingabe dargestellten Sachverhaltes

- A zuzustimmen  
B zurückzuweisen.

**Zu TOP 9.2: Natura 2000 / Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) der EU:  
Beschluss zur Offenlegung im Rahmen der förmlichen Änderung der  
Landschaftspläne  
Nr. 1 „Marienheide/Lieberhausen“,  
Nr. 4 „Nümbrecht/Waldbröl“ und  
Nr. 5 „Waldbröl/Morsbach“**

**Beschlussempfehlung:**

- 1.) Der Kreistag beschließt einstimmig die Offenlegung des Landschaftsplanes Nr. 1 „Marienheide/Lieberhausen“.
- 2.) Der Kreistag beschließt einstimmig die Offenlegung des Landschaftsplanes Nr. 4 „Nümbrecht/Waldbröl“.
- 3.) Der Kreistag beschließt einstimmig die Offenlegung des Landschaftsplanes Nr. 5 „Waldbröl/Morsbach“.

**Zu TOP 10: Offenlegung des Landschaftsplanes Nr. 7 „Engelskirchen“**

**Beschlussempfehlung:**

Der Kreistag beschließt einstimmig die Offenlegung des Landschaftsplanes Nr. 7 Engelskirchen in der von der Verwaltung erarbeiteten Entwurfsfassung vom November 2002.

**Zu TOP 11: Entsendung eines Vertreters der Jagdgenossenschaften in den Jagdbeirat bei der unteren Jagdbehörde**

**Beschlussempfehlung:**

Der Kreistag beschließt einstimmig, in den Jagdbeirat bei der unteren Jagdbehörde des Oberbergischen Kreises für die Dauer von vier Jahren (2003 – 2007) als Vertreter der Jagdgenossenschaften

- Herrn Karl Bockemühl, Sassenbach 12, 51688 Wipperfürth

zu entsenden.

## **Zu TOP 12: Ersatzwahlen zu den Ausschüssen des Oberbergischen Kreises**

### **Beschlussfassung:**

Der Kreistag fasst einstimmig (bei Ziffer 3., 4., 5., 6., 7. bei drei Stimmenthaltungen) folgende Beschlüsse:

- 1.) Anstelle von Frau Hildegard Krämer sk. B. (CDU) wird Herr Jörg Deselaers sk. B. (CDU) als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherfragen gewählt.
- 2.) Anstelle von Herr Jörg Deselaers sk. B. (CDU) wird Herr Willi Gräf sk. B. (CDU) als stellvertretendes Mitglied (Vertreter von KTM Margit Ahus) in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherfragen gewählt.
- 3.) Anstelle des ausgeschiedenen Ausschussmitglieds Ulla Böll sk. B. (GRÜNE) wird KTM Angelika Vogel (GRÜNE) als beratendes stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung gewählt.
- 4.) Anstelle des ausgeschiedenen Ausschussmitglieds Ulla Böll sk. B. (GRÜNE) wird KTM Helmut Schäfer (GRÜNE) als beratendes stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Familie gewählt.
- 5.) Anstelle des ausgeschiedenen Ausschussmitglieds Ulla Böll sk. B. (GRÜNE) wird Frau Gabriele Bülter sk. B. (GRÜNE) als beratendes stellvertretendes Mitglied in den Sportausschuss gewählt.
- 6.) Anstelle des ausgeschiedenen Ausschussmitglieds Ulla Böll sk. B. (GRÜNE) wird KTM Helmut Schäfer (GRÜNE) als beratendes stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
7. KTM Roswitha Köhlert wird als zusätzliches stellvertretendes beratendes Mitglied in den Schulausschuss gewählt.
- 8.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird KTM Jürgen Dreiner-Wirz (SPD) als stellvertretendes Mitglied in den Kreisausschuss gewählt.
- 9.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird KTM Jürgen Dreiner-Wirz (SPD) als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung gewählt.

- 10.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird Eva Roth-Seeffrid (SPD) als ordentliches Mitglied in den Schulausschuss gewählt.
- 11.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird KTM Wilhelm Stahl (SPD) als ordentliches Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt.
- 12.) Anstelle des KTM Wilhelm Stahl (SPD) wird KTM Jürgen Dreiner-Wirz (SPD) als stellvertretendes Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss (als Vertreter von KTM Wilhelm Stahl (SPD) gewählt.
- 13.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird KTM Jürgen Dreiner-Wirz (SPD) als stellvertretendes Mitglied in den Kreisentwicklungsausschuss gewählt.
- 14.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird KTM Jürgen Dreiner-Wirz (SPD) als stellvertretendes Mitglied in die Vertreterversammlung der zur Wahl von Mitgliedern für die Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk im Oberbergischen und Rheinisch-Bergischen-Kreis gewählt.
- 15.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird KTM Jürgen Dreiner-Wirz (SPD) als stellvertretendes Mitglied in das Kuratorium des Symphonie-Orchesters des Oberbergischen Kreises gewählt.
- 16.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird KTM Jürgen Dreiner-Wirz (SPD) als ordentliches Mitglied die Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land gewählt.
- 17.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird KTM Rolf Liebig (SPD) als ordentliches Mitglied in die Versammlung des Zweckverbandes Kreissparkasse Köln gewählt
- .
- 18.) Anstelle des KTM Rolf Liebig (SPD) wird KTM Werner Weller (SPD) als stellvertretendes Mitglied in die Versammlung des Zweckverbandes Kreissparkasse Köln (als Vertreter von KTM Rolf Liebig) gewählt.
- 19.) Anstelle des ausgeschiedenen KTM Günter Höffken (SPD) wird KTM Jürgen Dreiner-Wirz (SPD) als ordentliches Mitglied in die Versammlung des Zweckverbandes Naturpark Bergisches Land gewählt.

**Zu TOP 12: Ersatzbestimmung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzes**

**12.6: Ausschuss für Kultur und Weiterbildung**

Als Nachfolger für den ausgeschiedenen stellvertretenden Vorsitzenden KTM Günter Höffken benennt die SPD-Kreistagsfraktion KTM Jürgen

Dreiner-Wirz als stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Weiterbildung.

**Zu TOP 13: Anträge**

**13.1 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 20.01.2003:**

**„Verlagerung von Aufgaben auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden – Bildung einer Arbeitsgruppe Kreis/Kommunen“**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Landrat wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Kreis und Kommunen einzurichten, welche spätestens innerhalb von 3 Monaten Vorschläge erarbeitet, welche Leistungen der Kreisverwaltung und ihrer Ämter auf die kreisangehörigen Städte verlagert werden können. Dabei muss jedoch gewährleistet sein, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen, sondern nur eventuell eine Verlagerung von der Kreisverwaltung auf die Gemeindeverwaltung vorgenommen wird.“

Nachdem die Verwaltung in ihrer Stellungnahme u.a. darauf hinweist, dass die Problematik der Übernahme von Kreisaufgaben durch die Städte und Gemeinden zum Gegenstand einer Dienstbesprechung mit den Bürgermeistern machen werde und über die Ergebnisse in der Kreisausschusssitzung berichten werde, verzichtet die FDP-Kreistagsfraktion auf eine Abstimmung über ihren Antrag.

**13.2 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.02.2003:**

**„Bearbeitungszeit bei Bauanträgen“**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Bei Vorlage vollständiger Unterlagen wird die Bearbeitungszeit durch die Kreisverwaltung künftig bis auf begründete Ausnahmen

- a) bei Bauanträgen für Wohnbauvorhaben sechs Wochen und
- b) bei Bauanträgen für gewerbliche Vorhaben drei Monate

nicht mehr überschreiten.“

Die Verwaltung wird gebeten, im Bauausschuss einen

halbjährlichen Bericht über die Ist-Zeiten zu geben.

Dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion stimmt der Kreistag einstimmig zu.

### **13.3 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.02.2003: „Neuorganisation der Wirtschaftsförderung in der Kreisverwaltung“**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Kreistag fordert den Landrat auf, gemäß den Vorschlägen der West-KC die Wahrnehmung von Wirtschaftsförderungsaufgaben innerhalb der Kreisverwaltung binnen dreier Monate neu zu organisieren.“

Die Verwaltung verweist in ihrer Stellungnahme u.a. daraufhin, dass dem Amt für Wirtschaftsförderung und Wohnungswesen des Oberbergischen Kreises die wirtschaftsfördernden Aktivitäten zugeordnet sind. Deren Koordination obliegt der Amtsleitung, Herrn KOVR Ulrich Spahn, der damit für Außenkontakte und Anfragen erster Ansprechpartner ist. Die Regionalstelle Frau und Beruf und das Regionalsekretariat L.O.R. sind in dem Zuständigkeitsbereich des Amtes angesiedelt. Der Bereich Tourismusförderung wird ebenfalls durch Bedienstete des Amtes 64 wahrgenommen.

Eine weitere Beratung der Themen Tourismus- und Wirtschaftsförderung ist für die Mai-Sitzung des Kreisentwicklungsausschusses vorgesehen.

Aufgrund dieser Stellungnahme und der derzeit durchgeführten strukturierten Aufgabenanalyse in diesem Bereich, zieht die SPD-Kreistagsfraktion ihren Antrag zunächst zurück.

### **13.4 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.02.2003: „Vorprüfstelle für Baugenehmigungen in der Bauordnungsbehörde“**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Landrat wird aufgefordert, zur kurzfristigen Reduzierung von

Bearbeitungszeiten bei Bauanträgen und im Vorgriff auf die Ergebnisse des zu beauftragenden Organisationsgutachtens binnen dreier Monate eine Vorprüfstelle für Baugenehmigungen in der Bauordnungsbehörde des Kreises einzurichten.“

Mit Hinweis auf die Beschlussfassung zu TOP 13.3 zieht die SPD-Kreistagsfraktion ihren Antrag zunächst zurück. Sie behält sich vor, nach Vorlage des ersten Erfahrungsberichtes ihren Antrag ggf. erneut zu stellen.

**13.5 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.02.2003:  
„Auflistung von ÖPNV-Linien nach dem Grad ihrer regionalen Bedeutung“**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Kreistag bittet die OVAG, dem Kreis binnen dreier Monate eine Auflistung vorzulegen, in der die bestehenden Busverbindungen innerhalb des Kreisgebietes nach dem Grad ihrer regionalen Bedeutung (Regionalverkehr vs. Lokalverkehr) unterschieden werden. Für die einzelnen Linien sind darüber hinaus die jeweiligen Gesamtkosten, die jeweiligen variablen Kosten sowie der jeweilige Kostendeckungsbeitrag der Fahrscheineinnahmen (absolut und prozentual) wiederzugeben.“

Der Kreistag verweist den Antrag einstimmig zur weiteren Beratung an den Kreientwicklungsausschuss.

**13.6 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.02.2003:  
„Standesamtliche Eheschließungen auf Schloss Homburg“**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Kreistag fordert den Landrat auf, im Benehmen mit dem Bürgermeister der Gemeinde Nümbrecht zukünftig standesamtliche Trauungen in den Räumen von Schloss Homburg zu ermöglichen.“

Nachdem die Verwaltung in ihrer Stellungnahme darauf hinweist, dass es seit dem Jahr 2002 einige Abstimmungsgespräche mit der Gemeinde Nümbrecht über die Durchführung von standesamtlichen

Hochzeiten auf Schloss Homburg gebe und inzwischen eine Vereinbarung kurz vor dem Abschluss stehe, erklärt die SPD-Kreistagsfraktion ihren Antrag für erledigt.

### **13.7 Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.02.2003:**

#### **„Teilnahme am „Bürgerservice Pendlernetz““**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Oberbergische Kreistag beschließt die Teilnahme am „Bürgerservice Pendlernetz“. Die notwendigen Haushaltsmittel werden über die HHSt. 8200.7157.7 „Umsetzung des Nahverkehrsplanes“ bereitgestellt.“

Der Kreistag verweist den Antrag einstimmig zur weiteren Beratung an den Kreientwicklungsausschuss. Die Initiatoren des „Bürgerservice Pendlernetz“ sollen zu der Sitzung eingeladen werden, um das Projekt vorzustellen.

### **13.8 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 07.03.2003:**

#### **„Resolution zu den Vorschlägen der „Hartz-Kommission“**

Der Resolutionsantrag hat folgenden Wortlaut:

„I. Der Oberbergische Kreis lehnt die Vorschläge der „Hartz-Kommission“ zur Zuständigkeit der geplanten JobCenter bei der Arbeitsverwaltung ab, soweit es:

- a) erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger und
- b) arbeitslose Jugendliche (bis 25 Jahre) betrifft, die arbeitsfähig, nicht mehr schulpflichtig sind und die bei den Sozialämtern wegen der Hilfe zum Lebensunterhalt anfragen.

II. Statt der Arbeitsverwaltung bietet sich für diesen Personenkreis der Oberbergische Kreis mit seinen umfassenden Zuständigkeiten im Bereich Soziales als Aufgabenträger eines neuen einheitlichen Leistungsrechts an.

III. Der Oberbergische Kreis erwartet, dass bei einer Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsmarktpolitik bestehenden kommunalen Kompetenzen respektiert werden.

Nur durch die Zuständigkeit des Oberbergischen Kreises für den beschriebenen Personenkreis lassen sich die geschilderten Erfolge bei der Vermittlung beibehalten. Eine Übertragung der Zuständigkeit auf die Arbeitsverwaltung ist wahrscheinlich, dass eine intensive und erfolgreiche Integrationsarbeit nicht mehr gewährleistet werden kann und dadurch die Kommunen vor Ort in der Folge mit unüberschaubaren sozialen Problemen belastet werden.

IV. Der Oberbergische Kreis befürwortet die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Eine Übernahme der Verantwortung für den Bereich der bisherigen Arbeitslosenhilfebezieher setzt jedoch eine entsprechende Finanzausstattung sowie Anreize bzw. Entlastungsmöglichkeiten für den Kreishaushalt voraus, die diesem auch verbleiben müssen.

Der Resolution der CDU-Kreistagsfraktion stimmt der Kreistag bei vierzehn Nein-Stimmen und zwei Stimmenthaltungen mehrheitlich zu.

**13.9 Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom – ohne Datum –, eingegangen am 09.03.2003 (FAX):**

**Ziffer 3.**

**„Modernisierung der Verwaltung durch Einführung eines neuen Steuerungsmodells“**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Innerhalb der nächsten zwei Jahre erfolgt eine Modernisierung der Verwaltung durch ein neues Steuerungsmodell, wie es in mehreren Gemeinden erfolgreich und kostensparend praktiziert wurde. (Ziffer 3 des Antrags)“

Den Antrag lehnt der Kreistag bei einer Ja-Stimme mehrheitlich ab.

**13.10 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.03.2003:**

**„Unterstützung des Vorschlags der kommunalen Spitzenverbände für eine modernisierte Gewerbesteuer“**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Kreistag des Oberbergische Kreis unterstützt den von den drei kommunalen Spitzenverbänden (Landkreistag, Städte- und Gemeindebund, Städtetag) am 28.02.2003 erstellten und zum 11.03.2003 vorgelegten Vorschlag für eine Modernisierung der Gewerbesteuer (siehe Anlage).

Dementsprechend fordert der Kreistag den Gesetzgeber (Bundestag, Bundrat und die in ihm vertretenden Landesregierungen) auf, diesen Vorschlag im Rahmen der Gemeindefinanzreform zum 01.01.2004 zu verwirklichen.

Der Kreistag verweist den Antrag mit den Stimmen der CDU-Kreistagsfraktion, gegen die Stimmen der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Kreistagsfraktion zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss.

### **13.11 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.03.2003:**

#### **„Einführung des Schülertickets an den Schulen im Oberbergischen Kreis“**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der in der Verbandsversammlung des VRS-Zweckverbandes am 21.03.2003 vorgestellten positiven Ergebnisse einer verbandsweiten Akzeptanzstudie fordert der Kreistag den Kreisentwicklungsausschuss auf, in seiner nächsten Sitzung erneut über das Schülerticket mit dem Ziel einer zügigen Einführung an den Schulen im Kreisgebiet zu beraten. Gleichfalls soll sich der Schulausschuss wieder mit dem Thema befassen.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, vorbereitend nochmals zielentsprechende Gespräche mit der OVAG sowie mit den örtlichen Schulträgern aufzunehmen.

In einem Änderungsantrag beantragt die CDU-Kreistagsfraktion, im ersten Absatz die Worte *„mit dem Ziel einer zügigen Einführung an den Schulen im Kreisgebiet“* zu streichen.

Anschließend stimmt der Kreistag dem folgendem Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion gegen die Stimmen der SPD-Kreistagsfraktion und bei vier Enthaltungen mehrheitlich zu:

„Auf Grund der in der Verbandsversammlung des VRS-Zweckverbandes am 21.03.2003 vorgestellten positiven Ergebnisse einer verbandsweiten Akzeptanzstudie fordert der Kreistag den Kreisentwicklungsausschuss auf, in seiner nächsten Sitzung erneut über das Schülerticket zu beraten. Gleichfalls soll sich der Schulausschuss wieder mit dem Thema befassen.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, vorbereitend nochmals zielentsprechende Gespräche mit der OVAG sowie mit den örtlichen Schulträgern aufzunehmen.“